

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 8  
August 1982  
4. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

## Raumplanung – zehn Jahre danach

### Ein Blick zurück

Raumplanung besteht auf Bundesebene seit 1972. Damals wurden erste raumplanerische Massnahmen auf der Basis des 1969 gutgeheissenen Verfassungsaufsatzes 22<sup>quater</sup> erlassen: Der «Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiet der Raumplanung» war als Vorleistung für ein künftiges Raumplanungsgesetz gedacht. Auf das Jubiläum ist die Wirtschaftsförderung in einem umfassenden Beitrag eingegangen, der nachstehend auszugsweise publiziert wird.

Der Bundesbeschluss aus dem Jahre 1972 schien zugleich kühnste Erwartungen und grösste Befürchtungen zu erfüllen. Die einen erhofften sich eine deutliche Kurskorrektur als Reaktion auf die wenig besiedelten Gebieten, die anderen sahen in diesem Ergehen das Ende des Traumes vom eigenen Heim im Grünen, ja sogar das Ende des privaten Eigentums an Boden. Die Anzahl der Einsprachen gegen die kantonalen Schutzgebiete schien vor allem jenen recht zu geben, die vorerst einmal von der Raumplanung zusätzliche Schwierigkeiten für das Privateigentum erwarteten. Untersucht man allerdings die regionale Verteilung dieser Einsprachen, wird sehr schnell sichtbar, dass weniger die Massnahmen an und für sich, sondern mehr deren Anwendung im Einzelfall und die grundsätzliche Einstellung der Kantonsbevölkerung zu Vollzugsaufgaben des Bundes eine Rolle gespielt haben. Denn Gewässerschutzmassnah-

men hatten schon vorher die Bautätigkeit in engere Grenzen gewiesen.

#### Erster Anlauf gescheitert

Zur gleichen Zeit entstand ein erstes Raumplanungsgesetz, das, in den parlamentarischen Beratungen noch «griffiger» gemacht (z. B. Mehrwertabschöpfung und Verknüpfung mit volkswirtschaftlichem Ausgleich), den Glauben an Machbarkeit und staatliche Effizienz widerspiegelte. Das Referendum kam durch das Zusammenwirken vieler Oppositionsgründe zustande. Von Bedeutung ist, dass die Volksabstimmung im Juni 1976 in eine Zeit fiel, die sich wirtschaftlich und hinsichtlich der Zukunftserwartungen bereits wesentlich von der Startphase der Raumplanung unterschied. Das Resultat der Volksabstimmung war nicht nur eine Ablehnung einzelner Gesetzesbestimmungen, sondern auch eine Absage an die Denkweise, die hinter dem Gesetz stand. Das neu ausgearbeitete, seit dem 1. Januar 1980 geltende

Raumplanungsgesetz (RPG) lässt in seinem Anspruch und seinem Inhalt die veränderten Voraussetzungen sichtbar werden.

#### Zum Planungsumfeld

Auseinandersetzungen über die Raumplanung ergeben sich nicht nur aus unterschiedlichen Ansichten über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums oder über die zweckmässige zukünftige Besiedlung und Bodennutzung; sie sind immer auch Ausdruck der jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage.

Die ersten Jahre boten der noch jungen Aufgabe Raumplanung gute Randbedingungen. «Der grosse Wurf» war Trumpf. Die Voraussetzungen boten Platz für Totalrevisionen und Gesamtkonzeptionen; das Machbare war zum Wünschbaren, das Wünschbare zum Machbaren geworden. Entsprechend gross war aber auch der Druck, der auf unseren Raum durch die Nutzungsansprüche vielfältigster Art ausgeübt wurde.

Die wirtschaftlichen Veränderungen in den mittleren siebziger Jahren und die damit verbundenen oder ausgelösten bescheideneren Zukunftserwartungen in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen haben die Voraussetzungen der heutigen Raumplanung wesentlich verändert. Die Ansprüche an die Raumplanung wurden zurückgesteckt, die Notwendigkeit einer Raumplanung aber eher deutlicher erkannt. Oft als Reaktion auf übertriebene Projekte oder zu rasche Entwicklungen regten sich Bevölkerungs- und Interessengruppen, die sich für e-

Fortsetzung auf Seite 2

## Ständerat Letsch zum unersättlichen Staat

### Wieviel Staat braucht der Mensch?

Die Auseinandersetzung über das Ausmass der Staatstätigkeit – Mehr oder weniger Staat? Sollen die Aufgaben des Staates in Zukunft eher vermindert oder aber ausgedehnt werden? – war eine der Kernfragen in den eidgenössischen Wahlen 1979. Und die Diskussion darüber hat bis heute nicht nachgelassen. Schon seit Jahren setzt sich mit diesem Problemkreis der freisinnige Aargauer Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch auseinander. Auch im folgenden Beitrag:



müssen, ist in der Tat kein Pappentier.

#### Unsere Freiheiten werden eingeengt

Die sogenannte Steuerquote, also der Anteil dieser Abgaben an dem von unserer Wirtschaft und damit von uns allen erarbeiteten Kuchen (dem sogenannten Bruttoinlandsprodukt), nahm bis in die jüngste Vergangenheit unaufhaltsam zu. Zwischen 1965 und 1979 ist sie in unserem Land um über 50% gewachsen. Diese Zuwachsrate ist höher als in praktisch allen vergleichbaren Staaten, höher beispielsweise als in der Bundesrepublik oder den USA (je + 18%) oder im Durchschnitt der OECD-Staaten (+ 32%). Man sieht: Auch unser Staat scheint unersättlich. Er engt unsere Freiheiten ein und höhlt das private Eigentum mehr und mehr aus.

#### Wer ist der Staat?

Wir alle natürlich. Wir verfügen auch über gut ausgebaute Bürgerrechte, über viele Möglichkeiten, am demokratischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Meistens machen wir (zu)wenig Gebrauch davon. Vieles, was staatlich geregelt wird, ist indessen unserer unmittelbaren Einflussnahme entzogen, ist Sache des Parlamentes, der Regierung und der Verwaltung. Sie wollen zeigen, was sie alles können, und geben deshalb mindestens Initial-

Fortsetzung auf Seite 4

Wer den Staat als unersättlich bezeichnet, mag an mancherlei Zeichen denken. Er hat vielleicht die grosse und immer grössere Fülle von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen verschiedenster Art im Auge. Zwar kennt er sie im einzelnen nicht. Er weiss aber von ihnen. Zudem spürt er sie, beispielsweise dann, wenn er als Bürger in irgendeiner Eigenschaft mit staatlichen Vorschriften in Konflikt gerät oder wenn er als Unternehmer einen Betrieb eröffnen und erweitern will, vielleicht auch schliessen muss.

#### Der Staat als Steuervogt

Für andere sind weniger die Gesetze als die sie vorbereitenden und vollziehenden Beamten Inbegriff des Staates. Der Apparat, die Bürokratie, kommt ihnen als unersättlich vor wegen der hohen und vielerorts immer noch wachsenden Zahl der Staatsangestellten oder wegen der eindrucksvollen Summen, welche die Besoldungen in den öffentlichen Rechnungen ausmachen. Diese Summen wollen ja aufgebracht sein. Und damit tritt dem Bürger der unersättliche Staat als Steuervogt gegenüber. Was wir an Steuern und obligatorischen Sozialversicherungsabgaben von unserem Einkommen wieder abliefern

## Sparen? Dann zur SKA.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT SKA



Freisinnige unter sich: (v. l. n. r.) Staatssekretär Probst sowie die Nationalräte Petitpierre (GE), Weber (SZ), Houmard (BE), (Foto Rütli)

Grenzüberschreitende Umweltprobleme

## Saurer Regen und sauberer Strom

Die Uno-Wirtschaftskommission für Europa, abgekürzt ECE und mit Amtssitz in Genf, ist die einzige «paneuropäische» Einrichtung, an der die west- und die osteuropäischen Staaten beteiligt sind. Ihre Nützlichkeit ist nicht unbestritten, haben doch ihre Experten je nach Herkunft die Neigung, den freien Teil Europas in zu düsteren und den kommunistischen Block in zu hellen Farben zu malen.

(Il.) Bisweilen begegnet jedoch die Kommission Problemen, die sich ihrer Natur nach nicht an ideologische Grenzen halten. Dazu gehören vor allem die Umweltbelastungen, die durch Industrie und Verkehr verursacht werden. Sie führten 1979 zur Unterzeichnung eines Übereinkommens, der «Genfer Konvention über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverschmutzung», welche die Signaturen von 33 Ländern trägt und gegenwärtig zur Ratifikation, auch in der Schweiz, ansteht.

### Verschmutzung über weite Distanzen

Die Konvention bildete diesen Sommer den Hintergrund einer Regierungskonferenz in Stockholm, die sich insbesondere mit einem als «saurer Regen» bezeichneten ökologischen Problem beschäftigte. Unter saurem Regen versteht man eine Umweltschädigung, die vornehmlich aus der Emission von Schadstoffen durch den Betrieb von Hochöfen und Wärmekraftwerken sowie durch den Motorfahrzeugverkehr entsteht. Sie beeinträchtigt die Atmosphäre durch die Umwandlung von Schwefeldioxid und Stickoxid und kann über weite Entfernungen mit den Niederschlägen auf die Erde zurückfallen. Dort verursacht sie je nach Bodenbeschaffenheit ökologisch-biologische Schäden, namentlich Nährstoffverluste und Freisetzen von Schwermetallen in giftigen Dosen. Ausserdem verschlechtert sie die Qualität des Grundwassers.

### Politisch belastet

Der saure Regen hat aber die Tücke, dass er einstweilen weder präzise messbar ist noch seine Ursprünge genau identifizierbar sind. Dies scheint wiederum politisch belastend zu wirken. Die Ostblockländer, von deren stellenweise veralteten Stahlwerken und Kohlekraftanlagen nach westlicher Ueberzeugung beson-

ders schwerwiegende Emissionen ausgehen, zeigen wenig Bereitschaft zu Schulbekenntnissen und sind zum Teil der Stockholmer Konferenz überhaupt ferngeblieben. Andererseits hat diese schon auf Expertenebene ein auffallendes Mass an Uneinigkeit und Unsicherheit gezeigt, so dass die Tagung eher zu wenigstens vager Bewusstseinsbildung als zu praktischen Massnahmen beitrug.

### Wirtschaftliche Einflüsse

Immerhin haben sich in den letzten Jahren immer wieder technologische Verbesserungen im Sinn der Umweltschonung durchgesetzt und sich auch als wirtschaftlich vorteilhaft erwiesen. Wenn jedoch das Problem offenbar etwas an Schärfe verloren hat, so hat dies noch in stärkerem Masse konjunkturelle und wirtschaftsstrukturelle Gründe. Vor allem die Krise in der eisenschaffenden Industrie hat nämlich zu Produktionsdrosselungen und damit auch zu vermindertem Energieverbrauch geführt.

Es ist demnach die mit schweren Beschäftigungsfolgen verbundene Rezession, die im ökologischen Bereich eine gewisse Erleichterung verschafft hat. Für die Schweiz ist dies allerdings nicht ohne Belang, produziert sie doch wegen der begrenzten Bedeutung der Stahlindustrie und der konventionellen Wärmekraftwerke selber vergleichsweise wenig sauren Regen, doch «importiert» sie davon um so mehr unter meteorologischen Einflüssen.

Dadurch verdeutlicht sich ein weiterer wichtiger Aspekt, den die Stockholmer Konferenz bestätigt hat: Die zunehmende Nutzung von Kernenergie leistet einen bedeutungsvollen Beitrag zur Abwehr der Luftverschmutzung. Denn sie liefert im Gegensatz zu öl- und kohlenbefeuerten Kraftwerken recht «sauberen» Strom und bildet damit einen ökologischen Aktivposten in der Gesamtenergiebilanz.

Fortsetzung von Seite 1

nen besseren und wirkungsvolleren Interessenausgleich über die Raumplanung einsetzen. Das neue Raumplanungsgesetz gibt ihnen dazu Ideen in der Form der Ziele und Grundsätze oder bietet Instrumente und Verfahren an; Zeichen dafür, dass das RPG in der Bevölkerung erste Wirkungen auslöste.

### Unterschiedliche Situation bei den Kantonen

Die Kantone «schaffen» die Raumplanung. So will es jedenfalls die Verfassung. Sie haben indessen, was angesichts der verschiedenen Ausgangslagen verständlich ist, zum Teil unterschiedliche Vorstellungen über die Aufgabe Raumplanung und den Vollzug des RPG. Während sich noch einzelne Kantone mit dem Dringlichen Bundesbeschluss schwer taten, unterzogen andere bereits auf Grund des Expertenentwurfes für ein erstes RPG ihre kantonale Gesetzge-

bung einer Ueberprüfung und passten ihre kantonalen Bau- und Planungsgesetze den Leitgedanken und Instrumenten des RPG von 1974 an (z. B. Zürich und Solothurn). Die unsichere Situation zwischen der Ankündigung eines Referendums gegen das erste RPG im Herbst 1974 und der Vorlage eines neuen Gesetzesentwurfes im Frühjahr 1978 hat kantonale Reformpläne stark gedämpft. Man wollte verständlicherweise zuerst die Grundsatzgesetzgebung des Bundes abwarten. Dafür sprachen nicht nur sachliche Gründe. In vielen Kantonen braucht es den verpflichtenden Anstoss von aussen, um kantonales Bau- und Planungsrecht den heutigen Erfordernissen anzupassen (das älteste kantonale Baugesetz wird demnächst 60 Jahre alt).

Als Hauptaufgabe haben die Kantone aber die Richtplanung an die Hand zu nehmen. Der kantonale Richtplan dient in erster Linie der kantonsinternen Raumplanung. Dadurch aber, dass der

## Lahmender Gaul neu gesattelt

### Die SP und ihre Bankeninitiative

Man gehe unter falschem Namen zu einer Bank, verwickle den Bankangestellten in ein Gespräch, zum Beispiel über die Vor- und Nachteile eines Einlagegegenüber einem Sparkonto, bedanke sich für Auskunft und verlange die Visitenkarte des Bankenvertreters. Anschliessend beschuldige man in den Medien diese Bank, sie wäre bereit gewesen, für verpönte oder unehrenhafte Geschäfte Hand zu bieten. Als Beweis für diese Beschuldigung diene die Visitenkarte, deren Namensträger jedoch verschwiegen wird...

So einfach ist das, und so dürfte es auch geschehen sein bei der gross aufgemachten «Spiegel»-Story, in der mehrere Schweizer Banken beschuldigt wurden, auf Anfrage hin bereit gewesen zu sein, einer «Signora Bianchi» aktiv beim Kapital schmuggel aus Italien behilflich zu sein. Als «Beweis» diene dem bundesdeutschen Magazin einzig die Existenz von Visitenkarten; diese herauszugeben weigerte sich die Redaktion jedoch.

Dass einzelne schweizerische Zeitungen und das «CH-Magazin» des Fernsehens DRS diese «Spiegel»-Geschichte dann brav nachbeteten, ohne selbst zu recherchieren, ist schon betrüblich genug. Wenn jedoch der offizielle Parteipressedienst einer Bundesratspartei die Schauer-

mär für ihren politischen Kampf braucht, dann ist es mit ihrer Glaubwürdigkeit ebenso weit her wie mit derjenigen des deutschen «Nachrichten»-Magazins. So wird im Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) besagte Story als Beweis dafür zitiert, dass die Ende Juni verlängerte Sorgfaltspflichtvereinbarung zwischen den Schweizer Banken und der Nationalbank einzig ein «politisch-taktisches Ausstellungsstück» sei. Tatsache jedoch ist, dass diese Vereinbarung, mit der sich die Banken strengen Vorschriften unterworfen haben, sich als taugliches Instrument erwiesen hat. Abgesehen davon, dass einmal mehr der Beweis angetreten wurde, dass unsere Wirtschaft sehr wohl in der Lage ist, ohne überbordende Gesetzesflut, ohne «mehr Staat» ihr Haus in Ordnung zu halten.

Nun, ein gewisses Verständnis ist den SP-Leuten entgegenzubringen: Denn es ist schon peinlich, wenn das gekonnt und zielbewusst gesattelte Paradepony für die eidgenössischen Wahlen von 1983, die SP-Bankeninitiative, schon Leute lahmte; da greift man noch so gerne nach dem «Spiegel» als «politisch-taktischem Ausstellungsstück», um den Gaul wieder in Trab zu bringen... Argus

Kanton in seiner Planung auch die Bundesplanungen berücksichtigen muss, wird der kantonale Richtplan gleichzeitig zur Nahtstelle zwischen den Planungen des Kantons und denjenigen des Bundes. Der kantonale Richtplan ist das zentrale Koordinationsinstrument der schweizerischen Raumplanung. Der Bundesgesetzgeber räumt den Kantonen fünf Jahre für dessen Ausarbeitung ein. Ende 1984 sollen die Richtpläne — die durch den Bundesrat zu genehmigen sind — vorliegen. In den Kantonen sind sehr unterschiedliche Reaktionen festzustellen, wobei zugleich zu erwähnen ist, dass auch der Umfang der raumwirksamen Aufgaben und damit der Koordinationsbedarf sehr unterschiedlich sind.

### Ausblick

Der Vollzugsfahrplan für die Raumplanung lässt den Kantonen noch einige Zeit für die Erarbeitung ihrer Pläne. In diesen nächsten paar Jahren wird sich weisen, ob das Konzept eines föderalistischen Rahmengesetzes die erwarteten Wirkungen erreichen lässt. Bund, Kantone und Gemeinden haben je eigene Aufgaben. Jede Ebene unseres Staatswesens muss ihren Beitrag leisten und darf von den anderen die Erfüllung ihrer Aufgaben erwarten. Gelingt es den Kantonen, ihren Auftrag für die Richtplanung im Spannungsfeld nationaler, kantonalen und kommunaler, privater und öffentlicher Interessen zu erfüllen, und legt der Bund seine Sachpläne und Konzepte rechtzeitig auf den Tisch, so werden auch die Gemeinden nicht abseits stehen. Dies um so weniger, als vielerorts die Bürger die Notwendigkeit einer umfassenden Interessenabwägung erkannt haben und zögernde Behörden anzuspornen wissen.

Hingegen wird auch diese Raumplanung uns nicht davon entbinden können, die Entscheide dort zu treffen, wo sich die Probleme stellen und die Kompetenzen bereits geordnet und die Instrumente zugewiesen sind. Eine Flucht aus nötigem Vollzug und nötigen Entscheidungen in die Suche nach neuen Normen oder neuen Instrumenten wäre — nicht nur für die Raumplanung — verhängnisvoll.

## Von Tag zu Tag

### SVZ-Finanzierung langfristig sichern

Für eine langfristige gesicherte Finanzierung der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ) zugunsten einer aktiven und effizienten Werbung für das Ferienland Schweiz im In- und Ausland sprach sich der Ausschuss für Tourismus der FDP aus. Das von Marco Solari (Bellinzona) geleitete Gremium liess sich eingehend über die gegenwärtige unbefriedigende Finanzlage und die ungünstigen Perspektiven der nationalen Touristikwerbestelle durch deren Direktor Walter Leu orientieren.

Angesichts der Bedeutung des Fremdenverkehrs der Schweiz in gesamtwirtschaftlicher, regionalpolitischer und gesellschaftspolitischer Hinsicht erachtet es der Ausschuss als unerlässlich, den Bundesbeitrag an die SVZ, wie vorgeschlagen, von jährlich 15 auf 21 Millionen Franken zu erhöhen. Trotz dieser vorwiegend teueren Anpassung wird die SVZ in den kommenden Jahren nach wie vor mit knappen finanziellen Mitteln arbeiten müssen, was die Erfüllung ihres Auftrags erschwert.

Das tourismuspolitische Fachgremium der FDP der Schweiz ist sich gerade angesichts der jüngsten rückläufigen Frequenzen im Schweizer Tourismus der Bedeutung einer effizienten Landeswerbung bewusst und erachtet die vom Bundesrat den eidgenössischen Räten unterbreitete Beitragserhöhung als eine den Verhältnissen tragende Bundesfinanzrechnung tragende vertretbare Uebergangslösung, die jedoch einmal von einer dauerhafteren Finanzierung abgelöst werden muss. Dies gilt insbesondere deshalb, weil die touristische Landeswerbung als Aufgabe des Bundes zu betrachten ist.

### Für dezentralisierte, quartierbezogene Jugendarbeit

Die dezentralisierte, quartierbezogene Jugendarbeit soll durch technische und finanzielle Hilfestellung gefördert und dabei insbesondere die privaten Jugendorganisationen unterstützt werden. Dies ist die Stossrichtung der Jugendpolitik, wie sie neugewählte Zürcher Stadtrat vertritt, den er in diesem Sinn äusserte sich. In diesem Sinn äusserte sich auch der Zürcher Stadtpräsident Dr. Thomas Wagner vor dem von Armin Seger (Basel-Stadt, ZH) geleiteten Ausschuss für Jugendpolitik der FDP, der gegenwärtig freisinnige Positionen zur Jugendpolitik erarbeitet.

Eine besonders wichtige Aufgabe sieht der Zürcher Stadtpräsident in der raschen und wirkungsvollen Bekämpfung des Drogenproblems, das für die Behörden allerdings nur sehr schwer in den Griff zu bekommen sei. Schliesslich bekannte er sich auch zum Ideal der intakten Familie. Konkrete Lösungsansätze in dieser Richtung seien jedoch nicht leicht zu finden, gab Dr. Wagner zu bedenken.

Echo auf einen Diskussionsbeitrag

**Freisinn oder FDP?**

Die in der letzten «Freisinn»-Ausgabe mit einem Beitrag von Dr. Egon Zehnder (Küsnacht ZH) eröffnete Diskussion um ein «Markenzeichen» — FDP oder Freisinn — ist nicht ohne Echo geblieben. Sein engagiertes Plädoyer für den «Freisinn» und kontra «FDP» hat vor allem den für die eidgenössischen Wahlen von 1979 und 1983 beigezogenen Werbefachmann, Rudolf Bolleter von der Werbeagentur B&B in Zollikon, herausgefordert. Nachstehend seine Reaktion wie aber auch drei weitere Stellungnahmen, die schriftlich eingegangen sind.

**Keine Frage mehr**

Das engagierte Plädoyer von Dr. Egon Zehnder für die Abschaffung der FDP wirkt auf den ersten Blick einigermaßen überzeugend. Auch ich sehe mich als Freisinniger und nicht als FDPler. Ich teile die Meinung des Autors, dass die Wortschöpfung «Freisinn» gut, edel und schön ist. Und füge sogar hinzu, dass sie besserzeit für mich sogar ein Modell war, Mitglied der FDP zu werden. Es ist auch — den Erfindern von «Freisinn» sei Dank — richtig, dass uns andere Parteien um diese Bezeichnung beneiden und dass wir sie uns bewahren müssen. Ja ich fühle mich dem Freisinn so verbunden, dass ich seit herzeit bei der Konzeption der vorliegenden Zeitung sogar spontan empfehle, sie sei mit dem wohlklingenden Namen «Der Freisinn» auszustatten. Und so von politischer Werbung für die FDP mitarbeite, werde ich auch nicht in Vergessenheit geraten. Das kann ich sogar anhand bestehender Werbemittel für die FDP belegen: nebst dem Schriftzug «FDP» tragen sie nämlich die Zusatzbezeichnung «Freisinnige Demokratische Partei».

Wenn ich aber nachfolgend trotzdem kritisch auf die Ueberlegungen und Vorschläge von Dr. Zehnder eingehe, dann deshalb, weil sich die Verantwortlichen und auch ich selbst mit den aufgeworfenen Fragen längst auseinandergesetzt haben.

**Ein künstliches Problem**

Der Autor trägt seine Argumente gegen die FDP so geschickt vor, dass sie möglicherweise den vor ihm beabsichtigten parteiinternen Gesprächsstoff liefern werden. Was dann wiederum (überflüssigerweise) Stoff für Glossen von ausserhalb der FDP liefern würde.

Denn: richtig ist doch, dass der Kürzel «FDP» im Lauf der Jahre

**Lagerhäuser, Verteilzentren, Versandhäuser bekommen Sie von uns schlüsselfertig. Inklusive System-Engineering und Betriebsberatung.**

Unsere Betriebsberatung befasst sich mit der Integration des Lagers in den Gesamtbetrieb. Unser System-Engineering umfasst Logistik, Punkt am richtigen Ort, Lagerorganisation, Lagerbewirtschaftung u.a.m.

GEILINGER  
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434  
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/317131

organisch gewachsen und entstanden ist. Nicht durch das Zutun der Partei, sondern vielmehr über die Medien. Vermutlich wurde es den Journalisten zu langweilig, jedesmal Freisinnig-Demokratische Partei in voller Länge auszusprechen. Und wenn der Nachrichtensprecher in der Tagesschau eine freisinnige Information zu verlesen hat, dann macht es sich halt besser, wenn er im Hintergrund noch das «FDP» eingeblendet erhält.

Unbestreitbar zeigt sich in der Kommunikation und auch in der Suche nach Bezeichnungen in den letzten Jahren vermehrt der Trend zu Kürzeln. Dass darunter viele sind, mit denen man nicht auf Anhieb etwas anzufangen weiss, ist richtig. Aber letztlich ist es ja auch eine Frage der visuellen Gestaltung und der kontinuierlichen Informationspolitik, damit man dann doch unter BMW, IBM, VW, SKA und sogar der lieben SRG das Richtige zu vermuten und vielleicht sogar zu verstehen beginnt. Die Behauptung jedenfalls, wonach Aussenstehende, vom politisch interessierten Schüler (gäbe es nur mehr von denen!) bis zum politisch ungeschulten Wähler (was ist das?) mit FDP nichts anzufangen wissen, kann widerlegt werden.

Darum meine Meinung: die Frage FDP ja oder nein ist für mich keine mehr. Und sie wird zumindest 11 Jahre zu spät gestellt. Oder wurde damals sogar diskutiert und möglicherweise als nicht so erheblich betrachtet. Weil man wusste, dass eine Partei nicht an ihrem schönen Namen, sondern an ihrer politischen Wirkung gemessen wird.

Die Politik der FDP wird in den Medien noch immer als «freisinnig» beschrieben. Man zitiert noch immer «... der Zürcher Freisinnige (Bremi, Künzi, Friedrich)» und schreibt nicht «die Berner FDPler haben die Wahlen gewonnen». Und die von der FDP gemachte Politik trägt eine «freisinnige Handschrift».

**FDP = enorme Vorteile**

Die Bezeichnung FDP wurde zwar weder durch uns aus der Taufe gehoben, noch gibt es sie erst seit den letzten Wahlen. Aber seit 1979 verfügt die FDP zusätzlich über ein einheitliches Erscheinungsbild, bestehend aus den drei Buchstaben sowie einem Rundsignet und markanten Abschlussbalken (siehe Titelblatt «Freisinn»). Noch nie vorher war es der Partei gelungen, das Erscheinungsbild gesamtschweizerisch so überzeugend durchzusetzen. Ob es sich nun um die Freisinnige Ortsgruppe Zell im Zürcher Oberland, die Bündner FDP oder die schweizerische Partei handelt: bald in der ganzen Schweiz präsentiert sich die FDP gegen aussen visuell einheitlich. Das ist besonders heute, in einer mobilen Gesellschaft, die zudem mit Informations- und Werbeapellen überflutet wird, von grösster Wichtigkeit. Hinzu kommen für alle Sektionen der FDP hand-

festen organisatorische und finanzielle Vorteile.

**Die FDP hat ein gutes Image**

Die vergangenen Jahre haben bewiesen, dass die FDP auf dem rechten Weg ist. Sie erfreut sich in zunehmendem Mass eines Image als starke, aber auch faire politische Kraft. Sie vermag — trotz der «ausdrucksarmen Bezeichnung», wie Dr. Zehnder meint — immer mehr Schweizerinnen und Schweizer für sich zu gewinnen.

Also — was soll die akademische Frage nach Sinn oder Unsinn der FDP? Konzentrieren wir uns deshalb lieber weiterhin darauf, gute freisinnige Arbeit zu leisten, freuen wir uns auf einen spannenden Wahlkampf und bemühen wir uns, nochmals die Wahlen zu gewinnen. Und das geht nur mit dem persönlichen Einsatz jedes einzelnen Freisinnigen, indem er sich als solcher zu erkennen gibt, Flagge zeigt und aktiv mitarbeitet.

Rudolf Bolleter, Zollikon

**Traurig**

Mit den Ausführungen von Herrn Egon Zehnder bin ich 100%ig einverstanden.

Was mich bei diesem Thema am meisten beschämt, ist die traurige Tatsache, dass wir Schweizer Freisinnigen unter dem gleichen Kürzel segeln wie die deutsche Partei, die durch ihre Haltung und ihr Handeln den Begriff «liberal» langsam, aber sicher zum Synonym von «charakterlos» degeneriert.

R. D., Pfaffhausen

**Sowohl als auch**

Für mich gilt nur eine Lösung, «sowohl als auch». Die Titelgestaltung unserer Parteizeitung trifft ins Schwarze: «Der Freisinn FDP». Die Identifizierung des Freisinns in «Freiheit mit Sinn» ist unmissverständlich und klar. Die Kürzung FDP ist reklamemächtig und propagandistisch im Hinblick auf die überforderte Optik des heutigen Menschen ebenfalls von Wichtigkeit. Ich möchte widerlegen:

1. Sollen wir tatsächlich zugunsten der Volksdemokratie (DDR) auf den Begriff «demokratisch» verzichten? Das käme einer Kapitulation diesen Begriffsverfälschern gegenüber gleich. Man würde, anders ausgedrückt, diesen Pseudodemokraten das Feld räumen.

2. Es ist eine merkwürdige Vereinfachung, anzunehmen, dass ehemalige Demokraten entweder Freisinnige «alter Schule» gewor-

den oder dann zu anderen Parteien gestossen seien. Gerade das «demokratisch» ist eine vertrauenswürdig-politische Ergänzung wider einen Zürcher Freisinn, der lange Zeit exklusiv gewirkt hat. Ich kann das als alter Solothurner Freisinniger beurteilen. Dort gehören neben dem Industriellen Bankiers und Grosshändler auch gewöhnliche Gewerbler, Bauern und Arbeiter in grosser Zahl dazu! Mit dem verschwinden des «D» werden bestimmte Ressentiments frei, die der gewordenen «Volkspartei» nur Schaden bringen werden.

3. Es ist gefährlich, gerade in dem Augenblick, da das Symbol «FDP» Fuss gefasst hat, nach unzähligen und kostspieligen Einprägungen in der Presse und auf Plakaten plötzlich darauf zu verzichten und das Image zu wechseln. Die Formulierung: «Wir Freisinnigen» kann unbeschwert dennoch in Rede und Schrift verwendet werden.

O. B., Meilen

**FDP — mehr als ein Markenzeichen**

Dr. Egon P. S. Zehnder gefällt die Abkürzung «FDP» nicht; er möchte seine Partei mit dem neuen-alten Namen «Freisinn» ausagekräftiger gestalten. Dabei be ruft er sich auf den Frei-Sinn und die Tätigkeit der Freisinnigen Partei des Kantons Zürich bis 1971, die nur durch die Fusion mit den Demokraten zur FDP geworden sei. Die FDP-Schweiz, die FDP vieler Kantone und die FDP vieler Zürcher Gemeinden bestanden allerdings schon vor 1971. Zehnder beschliesst seine Ausführungen mit dem Ausruf: «Wir wollen keine FDPler sein, sondern Freisinnige!» Hier trennen sich vermutlich die Geister. Als ehemaliger Präsident der Demokratischen Partei des Kantons Zürich möchte ich an meine kurzen Ausführungen anlässlich des Fusionsaktes von FP und DP im Jahre 1971 erinnern. Ich bezeichnete den Zusammenschluss als logische Folge der politischen Entwicklung in unserer Zeit. Es war nicht der Wolf, der das Geisslein frass; es waren zwei bürgerliche Parteien, die bereit waren, der Gesellschaft des kommunistisch/sozialistischen Denkens eine menschliche Gemeinschaft in Freiheit entgegenzustellen. Freisinnig-demokratisches Denken und Handeln enthält die Verpflichtung, mit dem Volk und durch das Volk die politische Gemeinde und den Staat möglichst freiheitlich, liberal-freisinnig und demokratisch zu gestalten. Darum ist das Kürzel «FDP» mehr als ein Markenzeichen: «Es ist ein Bekenntnis!»

1981, nach dem Sieg der FDP in den Gemeindevahlen im Kanton Zürich, wurde die Partei von hohen Funktionären als Volkspartei bezeichnet. Für mich vertritt die FDP eine bürgerliche Gruppe unseres Volkes. Sie wird erfolgreich bleiben, wenn sie im Gegensatz zu den sozialistischen harten Sozialreformern statt Verpflichtungen für den Staat dem Volk im demokratischen Staat viel Freiheit im Handeln zusichert; immer mit der Voraussetzung selbstgesetzter Disziplin. Ebenso wünschen wir uns als politischen Verhandlungspartner nicht die Sozialisten, sondern die Sozialdemokraten. Es liegt in der Markenbezeichnung «FDP» eine geschichtliche Entwicklung vom Radikalen zum Freisinnigen und, durch dessen Anerkennung des Volkswillens für die direkte Demokratie, zum Freisinnig-Demokraten. Meines Erachtens hat die FDP einen zielgerichteten, guten Namen. Wichtiger als der Name ist allerdings die noble Aufgabe unserer FDP, in der schweizerischen Demokratie dem ganzen Volk eine möglichst grosse und rücksichtnehmende Freiheit zu gewährleisten.

Kantonsrat Fritz Höner, Winterthur

**Lieber Leser**

Wie Hitze und Hagel gehören Spekulationen über Bundesratsrücktritte zu den obligaten sommerlichen Ereignissen dieses Landes. Für einmal allerdings war die Konstellation den Journalisten wohlgesonnen: Mehrere Mitglieder der Landesregierung haben das AHV-Alter überschritten oder eben erreicht (wobei dies nichts über die Regierungsfähigkeiten der Magistraten aussagt); sind bereits seit geraumer Zeit im Amt; haben schon längst unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie ihre Aufgabe als Landesvater nur für einige Jahre wahrnehmen wollen; liessen Amtsmüdigkeit durchblicken; zudem bildet das kommende Jahr mit dem Ende der laufenden Legislaturperiode und der damit fällig werdenden Gesamterneuerungswahl nicht nur des Nationalrates (und eines Teils des Ständerates), sondern auch der Landesregierung eine Zäsur. Keine Angst: «Der Freisinn» wird sich an diesem sommerlichen (Bundeshaus-)Journalistenspiel nicht beteiligen; er will weder neue Kandidaten ins Spiel bringen noch der bereits langen Liste von Rochademöglichkeiten eine weitere hinzufügen. Er meint einzig, dass es zweifellos Erneuerungswahlen geben wird — sei es nun in der Dezembersession 1982 oder in jener des Jahres 1983; vielleicht aber auch in beiden.

Noch ein Thema, das Ihnen diese «Freisinn»-Ausgabe vorenthält: das Suchen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) nach einem neuen Parteiprogramm. Nicht etwa, weil das, was gemäss Ergebnis der Nationalratswahlen in der grössten Partei des Landes geschieht, nicht ohne Interesse für den «Freisinn» wäre, sondern weil darüber in der Presse und den elektronischen Medien für den Moment zweifelsohne genug rapportiert wurde. Der SP-Leitung ist zu attestieren, dass sie es ausserordentlich geschickt verstanden hat, die Ausgangslage, die zur Neuformulierung eines Programms geführt hat, zu verdeutlichen, und mit dem Auftrag zur Erarbeitung eines Entwurfes an eine kleine Gruppe mehr Aussenstehender denn Parteientengagerter jene Grundlage erhielt, die den Mittelwerten der Partei derart weit entfernt war, dass sie sanft, aber nicht ganz unbestimmt die nötigen Korrekturbewegungen einleiten konnte. «Der Freisinn» wird jedoch die weiteren taktischen Manöver, die diesen Programmwurf bis zum Spätherbst begleiten, mit Interesse verfolgen.

Doch, was bringt nun der vorliegende «Freisinn»? Mit dem Problembereich Staat und Bürger, den neuerdings die SP auch erkannt hat, setzt sich auf Seite 1 Ständerat Prof. Dr. Hans Letsch auseinander. Nicht ohne Echo ist der provokative Aufsatz von Dr. Egon Zehnder — «Freisinn oder FDP?» — in der letzten Ausgabe geblieben. Das Echo finden Sie auf Seite 3. Zunehmende Bedeutung kommt der Region am Persischen Golf zu. Vor kurzem weilte Auslandredaktor Jacques Baumgartner dort; seinen Bericht können Sie auf Seite 8 lesen. In der Sommer-session bereinigten die eidgenössischen Räte die letzten Differenzen beim Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge, die sogenannte zweite Säule. Reaktionen und Meinungen darauf auf Seite 5. Weitere Beiträge runden diese Ausgabe ab.

*L. Beusch*

Chr. Beusch

# Management-Beratung

**RACOM**

RACOM Unternehmensberatungs-AG  
Bahnhofstrasse 23  
8603 Schwerzenbach  
(01) 825 25 11

RACOM Unternehmensberatungs-AG  
Grabenackerstrasse 11  
4142 Münchenstein  
(061) 46 10 10

**Tätigkeitsbereiche:**

- Unternehmensorganisation
- Führungskonzepte
- Auftragswesen
- PPS
- Personaleinsatzplanung
- Lohn- und Gehaltssysteme
- Finanz- und Rechnungswesen
- Datenverarbeitung
- Logistik
- Produkteinnovation
- Energiewirtschaft
- Personal

ASCO-Unternehmensberater

**Urs Fröh Treuhand**

Buchhaltungen und Abschlüsse  
Steuererklärungen  
Rechnungswesen/Kalkulation  
Organisation + EDV-Evaluationen  
Kosten/Nutzen-Analysen

Unabhängige Unternehmensberatung

Engpass 7 8330 Muri, Tel. 076/7 31 17

**Baer Unternehmensberatung**

6442 Gersau Riviera II  
Tel. (041) 84 17 29

4600 Olten Solothurnerstrasse 151  
Tel. (062) 32 24 85

**H&M**

Hanspeter Mollet  
Dipl. Ing. ETH SIA  
Alpenstrasse 276  
CH-4573 Lohn SO

Unternehmensberater für Rationalisierung (EDV) und Unternehmensstrategien (Rezessionsstudien, Engpassanalysen, Vertriebsorganisation).

Berater für Wirtschafts- und Absatzfragen, Praktiker mit langjähriger Führungserfahrung, übernimmt Mandate für:

- Betriebs-, Standort- und Marktanalysen
- Temporärmanagement
- Reorganisations- und Umstrukturierungsmassnahmen

**JOSEF STEINEGGER**  
Im Büel 1707, 8192 Glattfelden. (01) 867 39 08

**ROI**

ROI Management Consulting AG  
Zollikerstrasse 144  
8008 Zürich  
Tel. (01) 55 67 55  
Telex 52213

Planung im F + E- und Konstruktionsbereich  
Effizienzerhöhung im Gemeinkosten- und Dienstleistungsbereich

Industrial Engineering:  
Betriebsrationalisierung  
Instandhaltungsorganisation  
Lagerplanung

Affilierte Gesellschaften in Mailand, Kopenhagen, Wien, Helsinki und den USA

**Organisation**

Planungskonzepte  
Management auf Zeit

**BÄNNINGER UNTERNEHMENSBERATUNGEN**  
Im Weizenacker 5, 8305 Dietlikon  
Tel. (01) 833 35 34

Sind Sie interessiert, bei dieser Gemeinschaftswerbung mitzumachen?  
Greifen Sie zum Telefon, stellen Sie die Nummer (01) 251 32 32 ein und verlangen Sie Herrn E. Renaud. Er wird Sie gerne umfassend beraten. Damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben, nebenstehend sein Konterfei.



Fortsetzung von Seite 1

Zündungen für neue Aktivitäten. Je umfangreicher, komplizierter und spezialisierter die Staatsaufgaben werden, um so mehr fühlt sich der Bürger als Laie, der dem staatlichen Apparat gegenüber ohnmächtig ist und bald einmal resigniert. Das wiederum erleichtert die Machtentfaltung kleiner und grosser «Könige» innerhalb der Verwaltung, was die besten Voraussetzungen für die Wirksamkeit des hinlänglich bekannten Parkinsonschen Gesetzes schafft.

**Unnötige Forderungen der Parlamentarier**

Das Parlament seinerseits verstärkt die Eigendynamik der Verwaltung. Allzuoft werden die durch parlamentarische Vorstösse, durch Aenderung bestehender oder Schaffung neuer Gesetze unvermeidlichen administrativen Umtriebe, aber auch Kosten und Nutzen nicht ausreichend in Rechnung gestellt. Hauptsache ist, Neues zu fordern, unbekümmert darum, ob dieses Neue wirklich nötig und besser sei als das Bestehende. Dieser Glaube an die staatliche Machbarkeit und Unfehlbarkeit will bezahlt sein. Der Preis sind mehr Gesetze, mehr Beamte und stets höhere Steuern oder Schulden.

**Nicht vermeintlichen Vorbildern nacheifern**

Wenn wir den Blick über die Grenzen unseres Landes hinauswerfen, so sollte uns eigentlich etwas auffallen: Je unersättlicher der Staat wird, um so weniger beneidenswert ist der Bürger! Trotz wachsender Gesetzesflut und Steuerbelastung kennt die Schweiz glücklicherweise noch nicht jene staatliche Dominanz wie andere Länder. Und trotzdem — ich meine: gerade deshalb — geht es uns vergleichsweise besser. Ruhe und Ordnung sind zwar bedroht, aber einigermassen intakt; der materielle Wohlstand ist höher und breiter gestreut; Inflation und Arbeitslosigkeit sind geringer; die soziale Sicherheit hält Vergleichenden stand. Warum also wollen wir angeblichen Vorbildern nacheifern, die allzu lange dem unersättlichen Staat huldigten, in vielen Erwartungen aber arg getäuscht wurden?

**Mehr Eigenverantwortung nötig**

Sicher: Wir brauchen einen starken, aber keinen unersättlichen

**Kantonales Wohlstandsgefälle**

Gemäss den neusten Schätzungen der Schweizerischen Bankgesellschaft lag das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung 1981 nur in fünf Kantonen deutlich über dem gesamtschweizerischen Mittel von rund 25 000 Fr. Den Spitzenrang nahm Zug ein (38 653 Fr.), vor Basel-Stadt (38 385), Genf (34 367), Zürich (30 956) und Baselland (27 894). Mit merklichem Abstand folgte die Waadt und Schaffhausen (25 000-Bereich), während zwölf Kantone das «Mittelfeld» von 24 000–20 000 belegten. Reihenfolge: Aargau, Glarus, Graubünden, Bern, Nidwalden, Solothurn, Appenzell A. Rh., Thurgau, Tessin, St. Gallen, Neuenburg, Luzern. Noch weiter zurück lagen sieben Kantone, nämlich Wallis, Jura, Schwyz, Uri (19 000-Bereich), Freiburg, Appenzell-I. Rh. (18 000-Bereich), Obwalden (17 808). Mangels zuverlässiger amtlicher Statistiken ist die Ermittlung der kantonalen Volkseinkommen allerdings recht heikel; so weicht die im Rahmen einer Nationalfondsstudie nach anderer Methode errechnete Rangliste der Kantone für das Jahr 1978 teilweise erheblich von der obigen ab — bei sechs Kantonen beträgt die Differenz vier bis acht Ränge. Noch einmal andere Resultate sind den Schätzungen des Bundesamtes für Statistik für 1978–1980 zu entnehmen.

Unterschiedlich präsentiert sich die Rangfolge der Kantone aber auch beim amtlich berechneten Finanzkraftindex, der als Verteilungsschlüssel beim interkantonalen Finanzvergleich dient. Gemäss dem für 1982/83 gültigen Index liegt zwar der erwähnte «Fünferklub der Reichen» ebenfalls mit Abstand an der Spitze, wobei Basel-Stadt als finanzstärkster Kanton eingestuft ist. Indessen gelten einige Kantone als wesentlich finanzstärker, als dies nach der Volkseinkommensrechnung zu erwarten wäre (z. B. Nidwalden, Thurgau, St. Gallen); für andere wiederum gilt das Gegenteil (z. B. Graubünden, Solothurn, Jura).

Staat, einen Staat, der Ordnungsfunktionen erfüllt, Rahmenbedingungen, einschliesslich der erforderlichen Infrastruktur, schafft, Missbräuchen wehrt und die soziale Sicherheit mitträgt, einen Staat aber, der die Freiheit des Einzelnen und der Wirtschaft nicht über Gebühr einengt. Das bedingt vor allem ein hohes Mass an Verantwortung jeden Bürgers sich selber und dem Mitmenschen gegenüber, unternehmerische Initiative und Kreativität, klare Prioritäten in der staatlichen Aufgabenerfüllung mit Schwergewicht in den Kantonen und Gemeinden, den vorläufigen Verzicht auf neue Steuern und Abgaben sowie das ungeschmälerte Mitwirkungsrecht der Bürger an der staatlichen Willensbildung. Dieses ist eines der wirksamsten Bollwerke gegenüber der Unersättlichkeit des Staates.

# Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen. Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt. Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur. Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das. Seit 1813.



Cigarros Autenticos.

Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechk Dosen zu Fr. 8.— Nur im guten Fachhandel.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Trotz Vorbehalten ein Fortschritt

**Zweite Säule — eine Bilanz**

Nach einem langen Hin und Her zwischen National- und Ständerat konnten in der Sommersession dieses Jahres die letzten Differenzen beim Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge, die sogenannte zweite Säule, bereinigt werden. Seit der Verfassungsabstimmung vom Jahre 1972, als der damals von der FDP mitgestaltete und mitgetragene Verfassungsartikel gutgeheissen wurde, sind zehn Jahre vergangen, bis die Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet waren. Nachdem gegen das neue Bundesgesetz das Referendum nicht ergriffen wurde, der Bundesrat jedoch noch eine Vollkraftsetzung zu erlassen hat, ist dessen Inkraftsetzung auf den 1. Januar 1984 zu erwarten.

Die schweizerische Altersvorsorge beruht auf drei Säulen:

1. der existenzsichernden AHV;
2. der beruflichen Vorsorge, d. h. den paritätisch von Arbeitnehmern und -gebern, aber ohne Mithilfe des Staates gespierten Pensionskassen und
3. der Selbstvorsorge. Dass es ein Jahrzehnt gedauert hat, bis der Verfassungsauftrag aus dem Jahre 1972 erfüllt wurde, ist darauf zurückzuführen, dass es dem Gesetzgeber nicht leicht fiel, infolge der zahlreichen Leistungsvorgängen auch einen wirtschaftlich und administrativ vertretbaren Erlass auszuarbeiten. Im Herbst 1977 verabschiedete die grosse Kammer nach eingehenden Beratungen eine Fassung, die sich nur wenig vom überlieferten Antrag des Bundesrates abhob, der insbesondere

**Dr. Pierre Gygi: Ein gutes Gesetz**

Den Eidgenössischen Räten ist eine Gesetzesvorlage gelungen, die in wirtschaftlicher und administrativer Hinsicht neuen, weit massstabigeren Massstäben gleichermassen gerecht wird wie dem Verfassungsauftrag aus dem Jahre 1972. Letzteres allerdings mit der Bedingung, dass das Ziel der «Fortführung» für die Eintrittsgeneration nicht auf Anhub, sondern in Parität erreicht werden soll. Das Parlament machte sich in dieser Frage nahezu geschlossen die Auffassung zu eigen, wonach eine Vorlage, die nun in Bälde verabschiedet werden kann, dem Verfassungsauftrag besser entspricht

**Der Freisinn**  
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.  
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalstellen die jeweilige Kantonalparlamentarische Verwaltung: OFA Orell Pflügl Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.  
Postfach, 8021 Zürich.  
Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

dere in bezug auf die administrative Praktikabilität sowie die wirtschaftliche Tragbarkeit zahlreiche Fragen offen liess. Es war denn dem Ständerat überlassen, nach einer tragfähigen Lösung zu suchen. Eine Aufgabe, der sich die Standesherrn mit grossem Engagement erfolgreich annahmen. Der Nationalrat schwenkte in der Folge auf diese Linie ein.

Wie ist das Ergebnis der Beratungen zu bewerten? Nachstehend nehmen zwei in dieser Frage engagierte Autoren dazu Stellung: der Luzerner SP-Nationalrat Anton Muheim sowie Dr. Pierre Gygi, Mitglied der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz. Auf das Problem, dass auch die dritte Säule Verfassungsauftrag ist, geht in einem weiteren Beitrag die Bundeshausjournalistin Dr. Beatrice Steinmann ein.

als die «perfekteste» Lösung, die schliesslich in der Volksabstimmung scheitert.

Die Inkraftsetzung des Gesetzes wird für die Vorsorgeeinrichtungen nicht durchs Band weg problemlos sein. Entgegen der Auffassung einzelner Pensionskassenexperten sind die Probleme jedoch durchaus lösbar. Der Bundesrat hat ferner keine Zweifel daran gelassen, dass er sich für die Vollzugsverordnung das Anliegen des Gesetzgebers um eine praxisfreundliche Ausgestaltung zu eigen machen wird. Mit einem noch «einfacheren» oder «freierlichen» als dem nun von den Räten verabschiedeten Gesetz wäre dem geltenden Verfassungstext mit Bestimmtheit nicht Genüge getan.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist jedoch, dass das Beitragsprimat nahezu integral durchgesetzt wurde und die Kosten der 2. Säule daher in Grenzen gehalten werden können. Die Kosten für die BVG-Mindestleistungen werden entsprechend der Zusammensetzung des Versichertenbestandes je nach Vorsorgeeinrichtung variieren, im Landesmittel nun aber deutlich weniger als zehn AHV-Lohnprozente betragen, was angesichts des hohen Versicherungsgrades und des bereits heute erreichten Leistungsniveaus als tragbar erscheint. Auch der grossen Zahl der bereits genügend versicherten Arbeitnehmer wird

das Gesetz erhebliche Vorteile bringen, so — im Rahmen des Obligatoriums — die volle Freizügigkeit, der Wegfall von Versicherungsvorbehalten, den Teuerungsausgleich auf Hinterlassenen- und Invalidenrenten und den integralen Schutz des Versicherten bei Zahlungsunfähigkeit seiner Pensionskasse; ferner die volle Abzugsfähigkeit der Beiträge bei den direkten Steuern und anderes mehr.

Mit dem Obligatorium der zweiten Säule bzw. mit der Schliessung der noch bestehenden

Lücken wird die die Altersvorsorge insgesamt auch langfristig sicherer gemacht: sowohl das Ausgaben-Umlageverfahren der AHV als auch das Kapitaldeckungsverfahren der beruflichen Vorsorge haben ihre Vor- und Nachteile. Zwei sich im Leistungssektor ergänzende, voneinander aber verschieden finanzierte Systeme bieten in Anbetracht wechselnder demographischer und wirtschaftlicher Entwicklungen zusammen die grösste Sicherheit für die Altersvorsorge insgesamt.

**Nationalrat Anton Muheim: Gesamthaft Fortschritt**

Es ist das verfassungsmässige Ziel der beruflichen Vorsorge, zusammen mit der AHV/IV die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung im Alter, bei Tod und Invalidität in angemessener Weise zu ermöglichen. Dieses Ziel wird durch das vorliegende Gesetz noch nicht erfüllt. Es enthält keine Bestimmungen darüber, wie gross die Leistungen sein müssen. Das wird auf eine spätere Revision verschoben. Es wird das Sparsystem eingeführt, bei dem die Beiträge und Leistungen erheblich geringer sind, als nach dem Leistungssystem. Man will also klein anfangen.

**Nächste Revision bereits vorprogrammiert**

Der Bundesrat wird jedoch schon im ersten Artikel des Gesetzes beauftragt, rechtzeitig eine Gesetzesrevision zu veranlassen, um den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Es muss innert 10 Jahren gesetzlich umschrieben werden, welche Leistungen durch die zweite Säule zu erbringen sind, damit — die gewohnte Lebenshaltung fortgeführt werden kann. Die Eintrittsgeneration hat nämlich nach der Verfassung Anspruch auf volle Leistungen, und zwar je nach Einkommenshöhe 10 bis 20 Jahre nach dem Inkrafttreten. Für die ersten 9 Jahre hat der Bundesrat Mindestleistungen im Rahmen des Beitragsprimates festzusetzen,

wobei besonders die kleinen Einkommen zu begünstigen sind. Die Verwirklichung des Leistungsziels ist somit für die nächste Etappe vorprogrammiert.

**Sozialpolitischer Fortschritt**

Wenn man beim Gesetz über die berufliche Vorsorge Bilanz zieht, so ist das Resultat gesamthaft gesehen positiv. Es bringt einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt. Wenn auch die anvisierten Leistungen nicht erreicht werden, so wird doch eine erste, entscheidende Etappe zurückgelegt auf das Ziel hin, das in der Verfassung verankert ist. Die Marschroute ist durch die im Gesetz vorgeschriebene Revision abgesteckt. Der Weg zum Ziel ist keineswegs verbaut, sondern vielmehr vorgezeichnet.

Die zweite Säule ist für die Wirtschaft bestimmt tragbar. Sie bedeutet für die bestehenden Pensionskassen keinen unzumutbaren Eingriff, baut sie doch weitgehend auf dem Bisherigen auf. Das Gesetz legt aber das Fundament für einen weiteren Ausbau. Auch die AHV hat sich aus kleinen Anfängen zu einem grossen Sozialwerk entwickelt.

Viele Hunderttausende von Arbeitnehmern, die keine oder nur eine unzulängliche berufliche Vorsorge haben, warten ungeduldig auf dieses Gesetz. Aber auch diejenigen, die bereits eine gut ausgebaute Pensionskasse haben, bringt es manche Vorteile.

**Dr. Beatrice Steinmann: Wo bleibt die 3. Säule?**

In den Debatten um die berufliche Vorsorge ist sehr heftig darum gestritten worden, ob das vorliegende Gesetz den Verfassungsauftrag erfülle. Auf den linken Bänken wurde geklagt, dass dieser Verfassungsauftrag nicht erfüllt werde, man musste sich aber nach dem Grundsatz, dass der Spatz in der Hand allemal besser ist als die Taube auf dem Dach, damit zufriedengeben, dass man etappenweise auf dieses Ziel lossteuert. Nach dem Motto: Alles oder nichts, hätte man mit Sicherheit nichts in der Hand gehabt, und rund 800 000 Beschäftigte, die heute keine oder nur eine ungenügende Pensionsversicherung haben, müssten wieder jahrelang warten.

**Dritte Säule auf schwachen Füßen**

Aber gerade diese Nicht- oder Schlechtversicherten wären um so mehr auf die dritte Säule, die pri-

varian hindert und ihm das Sparen vergällt). Sparen als ein Teil der Altersvorsorge sollte eben nicht nur eine rein private Angelegenheit bleiben. Der Staat wollte das löbliche Tun auf allen Ebenen unterstützen und fördern. Deshalb wurde die 3. Säule auch in der Verfassung verankert.

**Hindert der Staat den Bürger am Sparen?**

Wie ist nun dieser Verfassungsauftrag erfüllt worden? Ganz, teilweise oder überhaupt nicht? Darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. In Wirklichkeit tut der Staat nämlich einiges, um den Bau der 3. Säule zu erschweren oder gar zu verhindern.

Zugegeben, es gibt ein sogenanntes Eigentumsförderungs-gesetz, das den Erwerb von Wohneigentum erleichtern soll — aber es greift nicht, und man vergisst es am besten. Seine Bedingungen engen die möglichen Anwärter stark ein. Schlimmer ist der Umstand, dass der Staat den Bürger daran hindert, Sparkapital zu öffnen. Er tut es kaum absichtlich, doch er lässt die Dinge laufen. Da wäre das Kapitel der Teuerungsbekämpfung. In den letzten Jahren war die Inflationsrate fast immer höher als die Sparheftzinsen, die als Vermögenserträge besteuert werden müssen. Der wehrsteuerfreie Betrag ist geradezu lächerlich gering.

Grundbesitz wäre ein gutes Bauelement für die 3. Säule. Theoretisch. Denn in Wirklichkeit sind die Grundstückspreise enorm gestiegen, zum Teil spekulationsbedingt. Gegen diese Spekulation etwas zu unternehmen, scheint nicht möglich zu sein. Ueberdies verdient auch der Staat kräftig mit. Und wenn eine Steuerbehörde einmal zu wenig Geld im Kässeli hat, greift sie gerne zum bequemen Mittel, die amtlichen Werte hinaufzusetzen. Gewitzte Steuerämter erhöhen auch die Eigenmietwerte. Wer der naiven Meinung war, ein wenig Grundbesitz gehöre zur Vorsorge, muss entdecken, dass Vorsorge nicht immer vor Sorgen schützt.

Nicht einmal private Versicherungen sind unter allen Umständen ein solider Baugrund für die berühmte 3. Säule. Haben da doch kürzlich ein paar schlaue Steuerbehörden versucht, die «Gewinne» der einmaligen Kapitaleinlage mit 3% zu berechnen und steuerpflichtig zu erklären, dabei werfen diese Anlagen überhaupt keinen Gewinn ab. Das Bundesgericht hat dies kürzlich abgestellt.

**Sinkende Sparquote**

Nun kann man natürlich behaupten, der Schweizer spare all diesen Schwierigkeiten zum Trotz eben doch, so dass sich der klare Verfassungsauftrag eigentlich erübrige. Aber dies ist nur noch bedingt richtig. Die Sparquote sinkt Jahr für Jahr. Betrug sie 1975 noch 7,5%, so ist sie jetzt auf 3,8% gesunken. Das hat sich übrigens beim Hypothekarzins ausgewirkt. Die Banken erklärten, es seien zu wenig Spargelder eingegangen, um die Bedürfnisse des Hypothekarkarmarktes zu erfüllen. Aber der unterschwellige Vorwurf an den Sparer ist unangebracht. Er würde gerne sparen — aber man hindert ihn daran.

**J.VONTOBEL & CO.****Bankiers**

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11

Die SVFF zu den Empfehlungen der Eidgenössischen Frauenkommission

## Wo einig, wo nicht?

Auf ein unterschiedliches Echo sind die beiden bisher erschienenen Berichte der Eidgenössischen Frauenkommission gestossen. Ueber die Ansichten innerhalb der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF) rapportiert Dr. Regula Frei-Stolba (Aarau), Vizepräsidentin der FDP der Schweiz.



dentin der juristischen Kommission) wichtige Gedanken zur Stellung der Frau in freisinniger Sicht enthält, seien einige Abschnitte herausgegriffen. Diese Vernehmlassungsantwort — dies macht ihr Gewicht aus — ist nach eingehender Diskussion unter den angeschlossenen Gruppen erarbeitet worden; sie repräsentiert deshalb die Haltung breiter Schichten freisinniger Frauen.

### Aus liberalem Blickwinkel

Der Massstab für die verschiedenen, teils befürwortenden, teils stark ablehnenden Stellungnahmen wird durch die liberale Haltung im Spannungsfeld zwischen erwünschtem gesellschaftlichem Wandel und staatlichen Eingriffen in diesen Wandel gebildet: Ueberall, wo die Frauenkommission auf Abbau von irrationalen und ungerechtfertigten Schranken im Verhältnis der Geschlechter drängt, findet sie auch die Zustimmung der freisinnigen Frauen. Deren Haltung ist bekannt und hat sich eindrücklich auch in der Abstimmungskampagne für die «Gleichen Rechte» (14. 7. 81) gezeigt.

Ueberall aber, wo die Frauenkommission darüber hinausgeht und mit staatlichen Eingriffen möglichst umgehend einen schematischen Gleichheitsgedanken

verwirklichen möchte (dies besonders in den «Massnahmen und Anreizen»), meldet die SVFF ihre Bedenken an. Liberalem Gedankengut entspricht es, dem Individuum, hier vor allem der Frau, möglichst grosse Entfaltungsmöglichkeiten und Wahlfreiheit einzuräumen, daher überall Barrieren wegzuräumen, ihr dann aber auch die Verantwortung für die einmal getroffene Wahl zuzugestehen, auch wenn diese Wahl sich in den Einzelheiten nicht mit den eigenen Vorstellungen deckt.

### Zustimmung ...

In diesem Sinn sind denn auch die Kritiken zu den neun Empfehlungen ausgearbeitet worden, während die besonders kontroversen «Massnahmen und Anreize», da nicht verlangt, nur von einzelnen Gruppen behandelt wurden. Die verschiedenen Positionen lassen sich gut an den folgenden Punkten zeigen:

So werden die ersten drei Empfehlungen, die sich auf die gleiche Behandlung von Mädchen und Knaben in der Familie wie in der Schule beziehen, voll unterstützt, ebenso die sorgfältige Berufsberatung mit gleichen Ausbildungsmöglichkeiten und gleichem Stipendienzugang für Mädchen wie für Knaben. Die Berufsneigung und die Berufseignung sollen im Vordergrund stehen; auch ist es für die freisinnigen Frauen eine Selbstverständlichkeit, dass die Wahl eines Berufes für ein Mädchen eine ebenso wesentliche Lebensentscheidung darstellt wie für einen Knaben und nicht nur als Aushilfsfunktion bis zu einer allfälligen Heirat zu gelten hat. Hingegen wird die unter «Massnahmen und Anreize» geforderte Bevorzugung der Mädchen bei der Stipendienvergabe abgelehnt, da sie dem Gleichbehandlungsprinzip widerspricht.

### ... und Ablehnung

Auf grosse Kritik stossen dagegen die nächsten drei Empfehlungen, die man gleichfalls mit Sätzen aus den «Massnahmen und Anreizen» zusammen zu sehen hat. Sie versuchen alle, das Problem der verheirateten Frau mit Kindern anzugehen, jedoch in den Augen der SVFF unter einem zu engen Blickwinkel. Vor allem muss der in der vierten Empfehlung gebrauchte Begriff der «Versorgungsunabhängigkeit» der Frau — eine zentrale Forderung des Berichtes — nach freisinniger Auffassung stark differenziert werden. Soweit sich «Versorgungsunabhängigkeit» auf den Bereich der Sozialversicherung bezieht, das heisst unter anderem einen selbständigen Anspruch auf eine AHV-Rente enthält, so stimmt die SVFF hier zu, ist dies doch ein Postulat, das immer auch von freisinniger Seite erhoben wird.

«Versorgungsunabhängigkeit» jedoch innerhalb der Ehe und unter der Voraussetzung, dass die Ehefrau nicht berufstätig ist, sondern sich der Erziehung der Kinder widmet, ist in dieser Form nach Auffassung der SVFF illusorisch und wäre nur mit massiven staatlichen Eingriffen auf verschiedenen Gebieten möglich. Diese Forderung hat dann auch zu zahlreichen Einzelbegehren in der neunten Empfehlung geführt, die beinahe vollständig auf den Widerstand der SVFF stossen. Demgegenüber verweisen die freisinnigen Frauen auf den tragenden Gedanken der gegenseitigen Verantwortung und Partnerschaft, der im neuen Eherecht verwirklicht werden sollte; dessen freiheitliches Anliegen erscheint aber durch die im Bericht aufgestellten Forderungen gefährdet.

### Ja zur kritischen Auseinandersetzung

Es ist aus dem bisher Dargelegten verständlich, dass die Meinungen

### Vor einer neuen Abstimmungswelle

Auf eidgenössischer Ebene zeichnet sich eine neue Abstimmungswelle ab, nachdem in jüngster Zeit — nach Jahren mit mehreren Multipack-Abstimmungen — die Stimmberechtigten und die Träger der politischen Willensbildung sowie der Information der Öffentlichkeit etwas Musse geniessen konnten. Wohl wurde für dieses Jahr noch ein Urnengang anberaumt — am 28. November — und auch für 1983 wurden, da Wahljahr, nur zwei Daten fixiert, doch kündigt sich ab 1984 auf Grund der hängigen Initiativen sowie der angekündigten Geschäfte des Bundesrates eine neuerliche «Hausse» bei den Abstimmungsvorlagen an.

zwischen der Frauenkommission und der SVFF ganz besonders hinsichtlich der Gestaltung des Arbeitsmarktes und allfälliger staatlicher Eingriffe zugunsten der Frauen auseinandergehen: Alle Probleme, wie etwa jenes unterstützenswerte Begehren nach vermehrten Teilzeitzellen, müssen nach Ansicht der SVFF im Rahmen der freien Marktwirtschaft angegangen werden. Für andere Fragen, wie den beruflichen Wiedereinstieg, soll in erster Linie die private Initiative spielen; ohnehin muss nach Meinung vieler Mitglieder der SVFF jetzt vor allem das Selbstvertrauen der Frau gefördert werden, damit sie die ihr gebotenen Chancen auch wahrnehmen kann.

Im gesamten hat der Teil II des Frauenberichtes mit seinen Thesen und Empfehlungen sicher einen Zweck erreicht: In der kritischen Auseinandersetzung mit dem dort gezeichneten Frauenbild wird die eigene Stellung deutlicher; der «Sache» der Frau wird dadurch zweifellos ein Dienst geleistet.

Der Bund schweizerischer Frauenorganisationen hat alle ihm angeschlossenen Verbände, darunter auch die SVFF, zu einer Vernehmlassung zum Teil II des Berichtes «Die Stellung der Frau in der Schweiz» der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen eingeladen. Da diese Vernehmlassung (Schlussredaktion durch Ira Stamm, Präsidentin der SVFF, und Trix Heberlein, Präsi-

# FEDERN

**in jeder Grösse für jede Verwendung**

Baummann & Cie. AG  
8630 Rüti/Zürich, Schweiz  
Telefon: (055) 86 12 12

BAUMANN

## KABA STAR

Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsen in Hundertstel Millimetern
- Astronomische Schliessvarianten
- Und über 100 Jahre Erfahrung
- Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

**BAUER KABA AG** Sicherheits-Schliesssysteme  
Postfach, CH-8620 Weizikon  
Tel. 01/931 61 11  
Telex 875481

Als erfahrene Bauherren entwickeln und begleiten wir Ihre Bauprojekte von der Grundidee bis zur Nutzung.

**Spaltenstein**

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN  
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH  
TELEFON 01 316 13 00

Damit Ihre Zeitungswerbung ankommt.

**ofa**

Autofahrer finden immer einen

**Gratis-Parkplatz**

direkt vor dem Haus. Wenn Sie mit der SBB in Schwerzenbach ankommen, offerieren wir Ihnen ein

**Gratis-Taxi**

zum Möbelzentrum. Wir erwarten Sie!

**Möbelzentrum des Handwerks**

Volketswil: An der Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Wärdli  
Tel. 01-945 55 81

**SCHULER-WEINE**

St. Jakobskellerer SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Betrachtungen zur aktuellen Medienpolitik

# Die Revolution der Massenmedien

In zunehmendem Masse prägen die Massenmedien unsere Gesellschaft. Der Zürcher Volkswirtschaftsprofessor, Nationalrat Prof. Dr. Hans Künzi, hat dazu einige Überlegungen und Betrachtungen angestellt.



heute nicht nur jeder Medien-schaffende, jeder, der Apparaturen für Medien erzeugt und vertreibt, jeder Medienpolitiker, der sich mit dem Verhältnis der Öffentlichkeit zum Einsatz der Medien beschäftigen muss, sondern jeder Medienkonsument — und das sind wir sozusagen alle ohne Ausnahme — stellen muss. Die Frage heisst zugespitzt: werden wir nicht nur fähig sein, immer vollkommener, subtilere Geräte herzustellen, sondern werden wir deren sinnvollen Einsatz in die Hand bekommen? Ich bin überzeugt, dass sich kraft der Ratio, der Ethik und Verantwortlichkeit die Wege finden lassen, um diese Instrumente nicht zu Mitteln geistiger Verwirrung und informativ-erischer Überfütterung degenerieren zu lassen, sondern Schätze nicht nur der Unterhaltung, sondern des Wissens und des geistigen Lebens zu gewinnen. Das erfordert aber auf allen Stufen — der Anfertigung, des Gebrauchs, des Einsatzes und des Empfangs — ein hohes Mass an Verantwortung. Ein Rezept lässt sich nicht mühelos finden. Wir werden die Probleme nur meistern und dem Ziele näherkommen können, wenn wir uns einem Lern- und Disziplinierungsprozess unterziehen, der sich über eine lange Zeit hin erstrecken kann und immer wieder erneuert werden muss.

## Die Verantwortung des Staates

Der Staat kann und soll hier nicht als Lenker oder gar als Vormund eingreifen. Er hat vorwiegend regulierende Funktionen, indem er die faire Handhabung der Spielregeln eines pluralistischen Rechts und Bedürfnissen angepassten Gebrauchs überwacht.

Allenfalls kann er auch durch Gesetze, Verordnungen und sogar materielle Subsidien Grundlagen schaffen, die diesen rechten Gebrauch durch das Individuum wie durch die Gemeinschaft fördern. Wie es aber herauskommt, wenn der Staat gebieterisch und monopolistisch das ganze grosse Instrument in die Hand nimmt und seinen Herrschaftszwecken dienstbar macht, davon haben wir aus der Geschichte dieses halben Jahrhunderts erschreckende Beispiele erlebt. Darum ist der Appell an Medienschaffende einerseits und an die verantwortlichen Politiker andererseits zu richten, mit Freude, Begeisterung und Hingabe zwar die Entwicklung der Instrumente zu fördern, ihren reichen Einsatz zu planen und Ideenreichtum dabei zu entfalten und die Ideen anderer zu befruchten, zugleich aber — jeder in seinem Innersten — diesen Geist des verantwortlichen Gebrauchs als Zensor wachzuhalten und ihn durch keinen technischen Grössenwahn benebeln zu lassen. Nur dadurch schöpfen wir die Möglichkeiten, die in dieser technischen wie geistigen Revolution des letzten halben Jahrhunderts verborgen sind, voll und segensreich aus.

## Kein eidgenössischer Urnengang

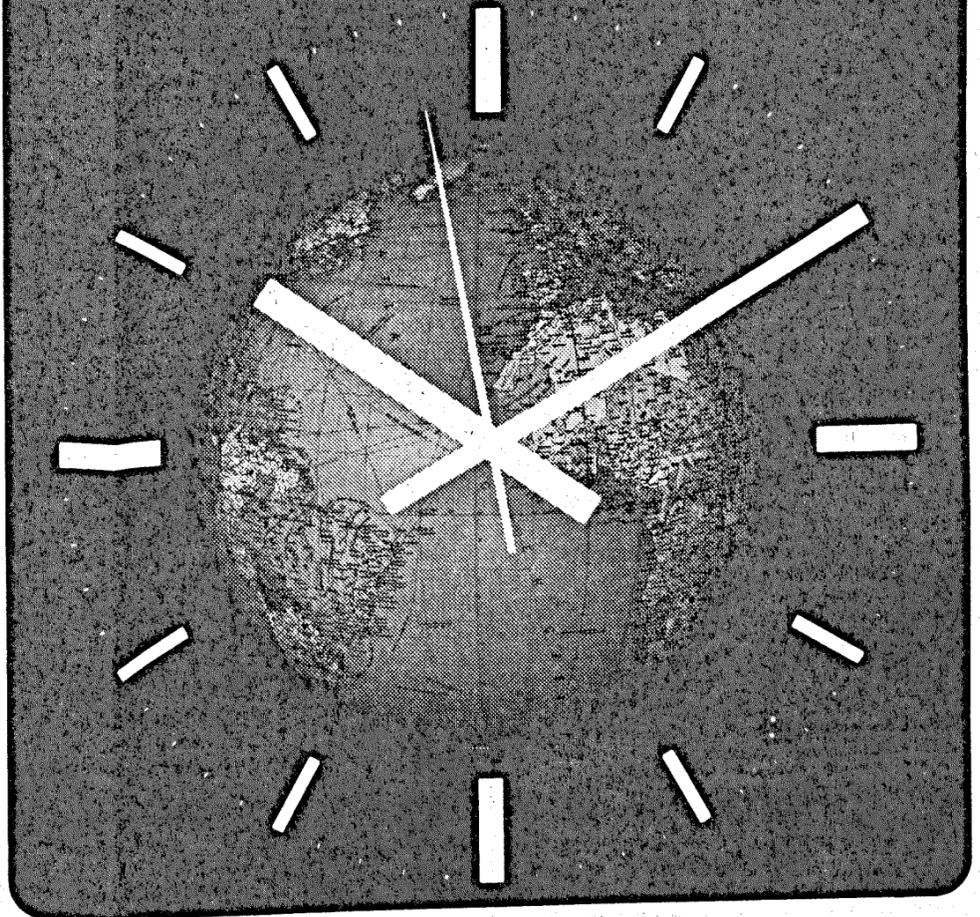
am Wochenende des 25./26. September. Dies beschloss der Bundesrat, der den Urnengang über das gegenwärtig einzige abstimmungsreife Geschäft — die Preisüberwachungsinitiative sowie den Gegenvorschlag des Parlamentes dazu — auf den 28. November ansetzte.

Seit einem halben Jahrhundert haben die sogenannten Massenmedien, genau gesprochen zuerst das Radio und dann, dieses im Siegeszug noch überbietend, das Fernsehen, das geistige Antlitz der Menschheit verändert. Ihre Wirkung ist als Revolution zu bezeichnen — eine viel stärkere als jede gesellschaftliche, wirtschaftliche, technische, politische je zuvor. Der Tatbestand liegt auf der Hand: zu jeder beliebigen Zeit, an jedem beliebigen Ort, von jedem beliebigen Menschen, in jeder beliebigen Sprache steht uns nicht nur ein Strom von wichtigen und unwichtigen Informationen, sondern ein intimer Einblick in Länder, Kulturen, Gedanken, Weltanschauungen, geistigen Strömungen zur Verfügung. Mit diesem Stoff sieht sich neben dem intellektuellen Mensch täglich konfrontiert. Die gewaltige Mischung der Kulturen, die Uberschaubarkeit der ganzen bewohnten Erde, die Auflösung aller Horizonte in physischer wie geistiger Beziehung setzen erst mit dem Einsatz der Massenmedien ein. Sie haben die Menschen und Völker einander nähergebracht wie nichts zuvor. Sie haben aber auch Verwirrung und Ueberforderung gebracht. Sie haben den Zugang zu geistigen Reichtümern von immenser Art gebracht. Selbst das Weltbild eines Leonardo da Vinci oder das kleinbürgerlich an neben dem Weltbild, das sich heute jeder Teenager verschaffen kann.

Medienpolitik — ein hohes Mass an Verantwortung  
Sind wir mit dieser Revolution fertig geworden? Oder führt sie, wie so oft Revolutionen, ins Chaos? Das ist die Frage, die sich

**+GF+ Erzeugnissen begegnet man weltweit und jederzeit...**

(... meist ohne es zu wissen)



### ... oder wussten Sie,

... dass +GF+ 1600 verschiedene Teile für die Automobilindustrie giesst?

... dass +GF+ seit über 100 Jahren hochwertige Stahlgussteile für Kraftwerke herstellt?

... dass +GF+ modernste Werkzeug- und Textilmaschinen, ja

sogar komplette Giessereianlagen in die ganze Welt liefert?

... dass +GF+ neben Metallfittings auch ein umfassendes Sortiment an Plastikfittings und Armaturen für den Rohrleitungsbau anbietet?

... dass der +GF+ Konzern etwa 18000 Mitarbeiter beschäftigt?

... dass +GF+ jährlich über 1,8 Milliarden Umsatz erzielt?

**+GF+**

Georg Fischer Aktiengesellschaft  
Schaffhausen

P. 438/7c

# OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof  
Tel. (071) 23 35 35  
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur  
de la Confrérie de la  
Chaine des Rôtisseurs

## Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Charly's Rôtisserie  
Gartenrestaurant  
Seeterrasse beheizt  
Delphin-Bar  
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten  
mit geheiztem Schwimmbad  
Hot Whirl-Pool — Sauna — Fitness  
Grosser Parkplatz

ASH ★★★★★  
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

**HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE**  
CH-9320 Arbon · Tel. 071 46 35 35 · Telex 27 247 · Dr. Charles Delwa

**Am Gallusplatz**  
Restaurant gastronomique  
9000 St. Gallen  
(vis-à-vis Kathedrale)  
H. J. Sisteck, (071) 23 33 30

Cuisine du marché  
Eigene Kreationen

**Das führende Haus mit Ambiance**  
(erbaut 1606 — restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr  
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant  
Gewölbekeller für Gesellschaften

**Gasthof Hirschen**

Traditionelles Restaurant  
in idyllischer Landschaft.  
Schloss Arenenberg mit  
Napoleon-Museum. Jedes  
Zimmer mit Blick auf  
den Untersee. Gepflegte  
Küche für spezielle  
Fleisch- und Fisch-  
gerichte.

Fern. P. Imhof  
CH-8268 Salenstein  
Telefon (072) 64 16 44  
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee  
(Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

**Spross**

**Ga-La-Bau**  
Garten- und Landschaftsbau  
für Ihre sympathische Umwelt  
Spross Zürich 01-35 45 55

Kleines Land mit strategischer Schlüsselstellung

## Oman hat Geschichte — und eine zu erzählen

«Unser Land ist in den Nachrichten, und ich glaube, wir haben eine Geschichte zu erzählen.» Das sagt in seinem Büro in der omanischen Hauptstadt Muskat Informationsminister Abdel-Asis Rowas. Er will Oman bekannt machen. «Das ist», wie er feststellt, «ein friedlicher Weg.» In der Tat. Aber in der Region sieht es derzeit gar nicht nach Frieden aus. Die Gegend ist so heiss, dass, entzündete sie sich, daraus leicht ein Weltbrand entstehen könnte. — Auslandredaktor Jacques Baumgartner hat sich in Oman umgesehen:

Oman nimmt in Arabien eine strategische Schlüsselstellung ein. Das Sultanat, mit 300 000 Quadratkilometern Fläche nach Saudiarabien das zweitgrösste Land der Arabischen Halbinsel, aber mit schätzungsweise anderthalb Millionen Menschen das dünnstbesiedelte, wacht über die Strasse von Hormus. Durch diese fährt alle elf Minuten ein Erdöltanker. Insgesamt erfolgten sechzig Prozent der Erdöllieferung in den Westen durch diesen «Flaschenhals» zwischen Oman und Iran am südlichen Ende des Arabischen (Persischen) Golfs.

### Warum ein Sultan aktive Unterstützung erwartet

Die für die westliche Welt lebenswichtige Passage wird derzeit von den Truppen des prowestlichen Sultans Kabus Ibn Saud mit Unterstützung Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten bewacht. Früher war der Schah von Persien (Iran), Mohammed Reza Pahlewi, der Hüter von Hormus gewesen, und der Westen wählte sich sicher. Das erwies sich als trügerisch. Der Schah wurde von Ayatollah Khomeiny davongejagt. Das war 1979, und im selben Jahr marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein. Der Golf, die arabischen Erdölstaaten liegen eine knappe halbe Flugstunde in Reichweite der sowjetischen Uberschallbomber.

Diese Tatsache hat bisher, so will es scheinen, alleine den Amerikanern zu denken gegeben. Sie bauen eine sogenannte Eingreif-

truppe auf. Für den Fall der Fälle. Für diesen Fall tut Westeuropa, das am meisten Erdöl zu verlieren hätte, (noch) nichts. Mit mahendem Unterton sagte jüngst Sultan Kabus: «Wir wollen nicht, dass andere für uns kämpfen, aber wir erwarten von unseren Freunden aktive Unterstützung.»

Und weiter: «Die Arabische Halbinsel wurde lange Zeit fast nur als der Hort grosser Schätze betrachtet, die mit geringem Aufwand ausgebeutet werden konnten und ihren glücklichen Besitzern immensen Reichtum verschafften. Es ist Zeit, zu begreifen, dass diese Bodenschätze auch grosse Probleme und Verantwortung schaffen...»

### Wasser — kostbarer als versiegendes Erdöl

Probleme und Verantwortung: Der 42jährige, in Oxford und Sandhurst (England) ausgebildete Sultan regiert das Land am Oststrand der Arabischen Halbinsel seit 1970. Unter seinen ausgedehnten Wüsten und kahlen Bergen verbergen sich keine unerschöpflichen Erdölquellen. Es fliesst gerade so viel schwarzes Gold, dass der Sultan sein Land in den vergangenen zwölf Jahren aus dem tiefsten Mittelalter vorsichtig in die Neuzeit führen konnte.

Der Erdölreichtum ist bemessen, aber in Muskat ist man zuversichtlich über die Zukunft. Denn Satellitenaufnahmen haben einen viel grösseren Schatz als Erdöl an den Tag gebracht: Unter

der Wüste und dem öden Gebirge wurden unterirdische Süsswasserseen entdeckt: Oman soll — dank Erdölgeld — zum Garten erblühen.

### Reiche Geschichte

Oman hat Geschichte, und zwar eine sehr stolze und sehr alte: ein weiteres kostbares Gut. Das unterscheidet es beträchtlich von seinen reichen Nachbarn. Nordwärts, zum Nachbarn Saudiarabien, wird es von unendlicher Wüste begrenzt. Dort schlägt die Sonne wie ein Hammer. Im Süden blickt es über den Indischen Ozean. Das Meer war und ist seine Welt. Schon im Steinzeitalter war das heutige Oman von Menschen besiedelt. Handel übers Meer wurde schon im dritten Jahrtausend vor Christus reger betrieben, lange bevor arabische Stämme im zweiten Jahrhundert vor Christus aus der Jemen-Region in die Südprovinz von Oman, Dhofar, vordrangen.

Der hufeisenförmige Hafen von Muskat war vom siebenten bis zum fünfzehnten Jahrhundert der Ausgangspunkt für die Schiffe, auf denen die islamischen Geistlichen übers Meer führen und ihren Glauben in die Welt hinaustrugen, nach Afrika und bis nach China. Und das lange bevor die Portugiesen das Kap der Guten Hoffnung erreicht und umfahren hatten.

Dem portugiesischen Seefahrer Vasco da Gama wird in Westeuropa zugeschrieben, den Seeweg nach Indien (1497/98) entdeckt zu haben: Er hatte sich einen omanischen Kapitän ausgeliehen. Die Omanen sind die «Sindbads», die Seefahrer aus «1001 Nacht».

Die Omanen, ob Gebildete oder des Lesens und Schreibens noch unkundige Hirten, sind sich ihrer Heimat, ihrer Identität bewusst. Das unterscheidet sie stark von den anderen Völkern der Arabischen Halbinsel. Und sie bezwingen und gewinnen den Fremden durch ihre Grosszügigkeit und Liebeshwürdigkeit. Arro-

### Was gut für Moskau ist, ist nicht unbedingt gut für Muskat

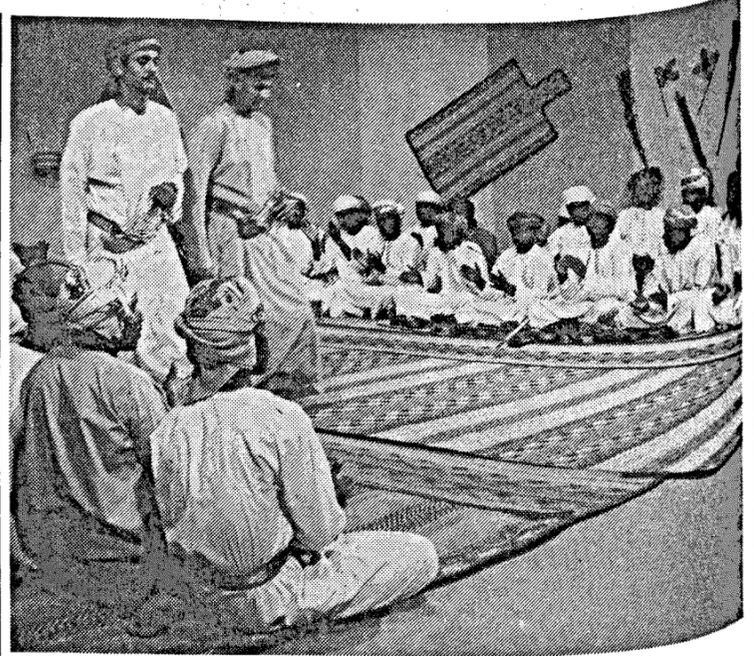
*Hat der Marxismus eine Chance in Oman im speziellen, in der arabischen Welt im allgemeinen? Die anderthalb Millionen Omanen gehören grösstenteils der Ibadī-Sekte des Islams an. Diese hebt vor allem den menschlichen und sozialen Bereich des Islams hervor, und zwar im Sinne, dass jeder Mensch gleich sei, es keine Klassenunterschiede gebe: Wer besitzt, der gibt dem Habenicht.*

*So wird dem Marxismus in Oman keine Chance eingeräumt. Was gut für Moskau sei, sei nicht unbedingt gut für Muskat. Der Marxismus-Leninismus möge zwar für Dritte-Welt-Intellektuelle wegen seiner brillanten Verdammung des Kapitalismus und Imperialismus faszinierend sein, aber die Realität zeige, dass es heute nur eine imperialistische Macht gebe, die Sowjetunion.*

*Ein linkes Regime bedeute noch nicht ein marxistisches, obwohl in Teilbereichen — in ihrer Wirtschaft, in der Aussenpolitik — solche Regime dem Marxismus huldigten. Aber sobald sie sowjetischen Einfluss zuliessen, begannen auch ihre grossen politischen und wirtschaftlichen Nöte, ihre Degradierung zu Sowjet-Satelliten.*

*Als Opium für das Volk hat Marx die Religion verdammt, lächerlich gemacht. In Muskat ist man anderer Ansicht: «Religion bedeutet ein Bündel von Verantwortlichkeiten, Verpflichtungen... nicht bloss Klassifikation und Vereinfachung. Unsere Religion bedeutet Tätigkeit.»*

BAU



Omanis unter sich: Volk mit alter, stolzer Geschichte

ganz ist ihnen fremd. — Sultan Kabus forciert den Um- und Aufbruch nicht.

### Ausserhalb der Opec

«Wir mischen uns in niemandes Angelegenheiten ein. Wie wir auch niemandem erlauben — ich unterstreiche niemandem —, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen.» Das will Informationsminister Abdel-Asis Rowas festgehalten haben. Und das gilt, wenn es auch um den Erdölpreis geht. Oman ist der Organisation erdölfördernder Länder (Opec) nicht beigetreten; es will auch in diesem Bereich unabhängig sein (die Tagesförderung liegt bei etwa 330 000 Fass zu 159 Litern).

«Wir sind der Opec nicht beigetreten», wie Yussuf al-Alawi vom Aussenministerium erklärte, «weil die Organisation von ihrer ursprünglichen technischen Aufgabe abgewichen ist und sich politischen Angelegenheiten zugewandt hat. Wir wollen nicht in eine Organisation hineingezogen werden, die unseren Interessen schaden könnte. Soweit wie möglich erklären wir uns mit den anderen (erdölfördernden Ländern) solidarisch, aber wenn es uns nicht möglich ist, dann stehen wir eben alleine da.»

### Eigenständig

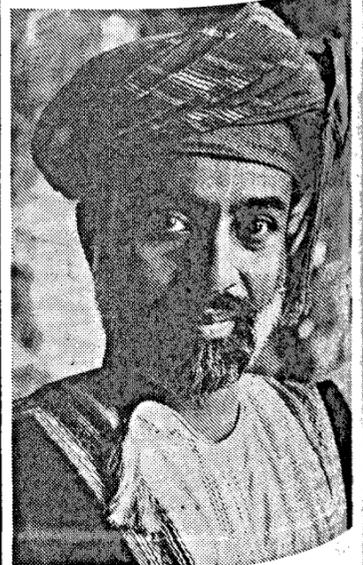
Oman verfügt über eine hochtechnisierte Armee von etwa 22 000 Soldaten. Sie wird von 500 britischen Offizieren geschult und teilweise noch geführt. Omanen stellen auch die Leibwache des früheren ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat.

Oman hält zum Westen. Seit sich die Sowjetunion in Südjemen und auf der südjeminitischen Insel Socotra festgesetzt hat, erlaubt es den Amerikanern, die Insel Masirah als Stützpunkt zu benutzen. Aber am liebsten möchte man beide Supermächte aus der Region fernhalten, denn die eine zieht die andere an, heisst es in Muskat.

### Nach Hilfe schreien nützt nichts

Oman hat Geschichte — und eine zu erzählen: «Europa ist in Ge-

fahr», meinte Abdel-Asis Rowas. «Sieht es denn nicht die Bedrohung der Erdölrouten? Wenn Oman heute in den Medien ist, dann sind unsere Befürchtungen gerechtfertigt. Aber wir können nicht warten, bis die Krise



Sultan Kabus Ibn Saud: dem Westen zugetan, aber...

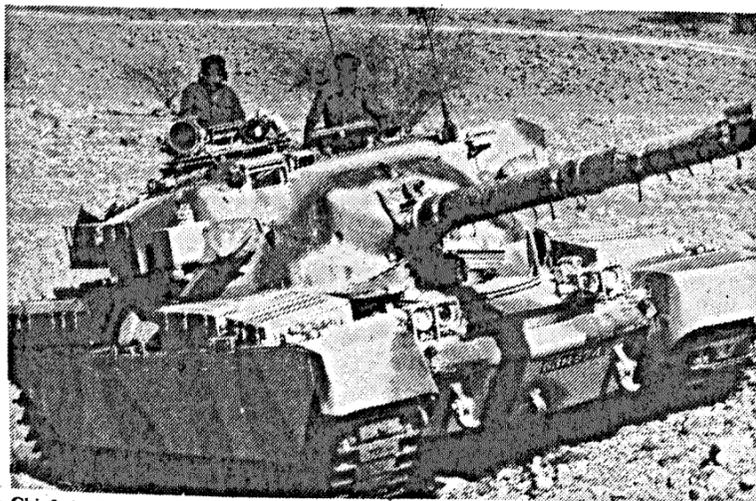
kommt. Wir müssen vorher eine klare Situation schaffen. Nach Hilfe schreien nützt nichts.»

Auf Betreiben Omans ist vergangenes Jahr der Golf für Zusammenarbeit ins Leben gerufen worden. Im Oktober wollen die Ratsländer, Oman, Saudiarabien, Kuwait, Katar, Bahrein und die Vereinigten Arabischen Emirate, einen Sicherheitspakt besiegeln. Der Grund: Die Sowjets in Afghanistan und der heisse Atem der iranischen Revolution des Ayatollah Khomeiny.

Abdel-Asis Rowas gibt noch eine Geschichte mit auf den Heimweg: «Es wäre besser, wenn die Weltsicherheit bestellt, wenn die Nato (atlantische Allianz) der sowjetischen Drohung und Bedrohung nicht nur an der europäischen Front ihr Augenschmerken würde. Der Warschauer Pakt zielt sich nicht, mit Dritt-Ländern bilaterale Sicherheitsabkommen zu schliessen, vor allem mit solchen, die überlegen.» — Mahnung und Aufforderung



Vor zehn Jahren aus dem Mittelalter erweckt: Muskat



Chieftain-Panzer: mit britischer Hilfe ausgebildete und gut gerüstete Armee von 22 000 Mann

BANK JULIUS BÄR  
ZÜRICH

&

SAN FRANCISCO

Bank Julius Baer & Co. Ltd.  
235 Montgomery Street, San Francisco, CA 94104

55800